

Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2021

DIE LINKE. Main-Taunus

Mit uns – sozial, solidarisch und international

Am 14. März 2021 stellen wir uns für den Kreistag zur Wahl. Auf unseren offenen Listen kandidieren Mitglieder der Partei DIE LINKE, aber auch viele Menschen ohne unser Parteibuch. Uns verbindet der gemeinsame Anspruch an eine sozial gerechte, ökologisch verträgliche und friedliche Lebensweise für alle. Unsere kritische Sicht auf die herrschende Politik, die diese Ziele oft ignoriert, werden wir auch zukünftig in der Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen und im Parlament durch Anträge, Redebeiträge und Anfragen deutlich machen. Dabei vertreten wir insbesondere die Anliegen der abhängig Beschäftigten, der Solo-Selbstständigen und kleinen Gewerbetreibenden, der Rentenbeziehenden wie auch der Erwerbslosen und sozial benachteiligten Gruppen dieser Gesellschaft. Jenen, die keine Lobby haben und deren Interessen politisch keine Berücksichtigung finden, wollen wir eine Stimme geben. Dabei werben wir auch um jene Menschen, die in den letzten Jahren aus Enttäuschung überhaupt nicht mehr zu einer Wahl gegangen sind.

Die Reichen werden immer reicher, die Armen werden immer zahlreicher. Die Armutsquote steigt. Wir werden gebraucht – mehr denn je!

Die vor allem an privaten Profitinteressen orientierten Konzepte der anderen Parteien sind keine Antwort auf die sich verschärfenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme des globalisierten kapitalistischen Systems. Die Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine dramatische Umverteilung von unten nach oben, durch die zunehmende Zerstörung unserer Lebensräume, durch eine Militarisierung der Außenpolitik und die Einschränkung demokratischer Rechte. Zu leiden haben darunter vor allem die Menschen, die diese Zustände nicht zu verantworten haben. Wir mischen uns ein und wollen auch andere Menschen ermutigen, sich einzumischen. Wir werden Missstände im Parlament zum Thema machen, aber auch mit den davon Betroffenen außerparlamentarische Gegenmaßnahmen organisieren. Wir treten ein für eine friedliche, demokratische, soziale und ökologische Perspektive – gegen weiteren Sozialabbau und gegen weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben.

Politische Rahmenbedingungen für den Kreis

Eine Steuerpolitik, die den Reichen und Konzernen nützt, und die Schuldenbremse verhindern notwendige Investitionen und eine umfassende Daseinsvorsorge auch im Kreis. Bund und Land stellen den Gemeinden, Städten und Kreisen keine ausreichenden finanziellen Mittel für ihre Aufgaben zur Verfügung. Eigene Einnahmen kann der Kreis über die Kreisumlagen nur auf Kosten der oft ebenfalls unterfinanzierten Städte und Gemeinden erheben. Die Folge ist eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben auch im „reichen“ Main-Taunus-Kreis. Die sogenannte „schwarze Null“ wird zum Fetisch mit verheerenden Folgen.

Öffentlich-Private Partnerschaft – ein teurer Irrweg

Reichtum und Armut sind zwei Seiten einer Medaille: Während auch dem Main-Taunus-Kreis die Mittel für wichtige Projekte fehlen, suchen private Investoren händeringend nach profitabler Kapitalanlage. Sogenannte Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) scheinen für sie eine Lösung zu sein und werden auch von der politischen Mehrheit in Bund und Land propagiert und gefördert. Vorteilhaft sind sie, wie viele Untersuchungen zeigen, allenfalls für die privaten Investoren. Für die öffentliche Hand und damit für die große Mehrheit der Menschen sind sie ein schlechtes Geschäft. Schon beim Neubau des Kreishauses in den 80er Jahren als privates Investorenmodell wurde viel

Steuergeld verbrannt. Das gescheiterte ÖPP-Projekt beim Neubau des Krankenhauses Hofheim hat das abermals deutlich gezeigt. ÖPP haben wir deshalb stets abgelehnt und werden sie auch in Zukunft ablehnen.

Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss öffentlich bleiben

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist vielfältig und sehr oft in kommunaler Verantwortung: Wasser und Energie, Müllentsorgung, Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Schwimmbäder, Personennahverkehr, Jugendhilfe, Theater, Konzerte, Bibliotheken und Museen. Die anderen Parteien sind der Auffassung, sie müssten die öffentliche Daseinsvorsorge in die Hände der Privatwirtschaft legen oder sie beteiligen. Damit werden sie aber der öffentlichen Kontrolle durch die Wählerinnen und Wähler und die Parlamente entzogen. Vor diesem Hintergrund sagen wir: Eine qualitativ hochwertige Grundversorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein und sichergestellt werden. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen und Bürgerinnen und Bürger an der Kontrolle beteiligen. Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Main-Taunus-Kreis ein „Wohlfühlkreis“? – Nicht für alle!

Sehr viele Menschen in unserem Kreis haben kaum Vorteile davon, im Speckgürtel Frankfurts und im – gemessen an der durchschnittlichen Kaufkraft – viertreichsten Kreis Deutschlands zu leben. Im Gegenteil: Immer mehr Menschen sehen ihre Lebensgrundlagen bedroht oder müssen um ihre Existenz kämpfen. Hohe Wohnkosten, die Vernichtung von Vollarbeitsplätzen, hohe Kosten für Dienstleistungen, zu geringe Renten und die Auswirkungen der „Hartz-Gesetze“ drängen einen beträchtlichen Teil der Menschen an den Rand der Gesellschaft.

Soziales, Gesundheit und Arbeit

Sozialabbau stoppen, Sozialleistungen verteidigen!

Bei der Einführung der Hartz-Gesetze durch SPD und Grüne wurde behauptet, dass über „Fördern und Fordern“ arbeitslose Menschen schnell wieder in Arbeit kämen. Die knapp bemessenen Regelsätze sollten ein Ansporn sein, die angebliche „soziale Hängematte“ schnell zu verlassen. Wir wissen nach 15 Jahren: Armut hat sich verfestigt, in diesem reichen Land Deutschland gibt es immer mehr Kinderarmut. In Hessen sind 16,1% der Menschen armutsgefährdet, bei Kindern und Jugendlichen sind es über 21%. Die Zahl der sogenannten Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften (BGen) im Main-Taunus-Kreis stieg auch in der Hochkonjunktur immer weiter: Waren es 2011 4.156 BGen stieg ihre Zahl 2015 auf 4.456 und weiter auf 4.833 BGen im Jahr 2018. Es gibt vermehrt Armut trotz Erwerbstätigkeit. Menschen über 50, die arbeitslos werden, haben nur geringe Chancen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Sie landen sozusagen auf dem „Abstellgleis“. Die Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohndumping verschärft. Die Arbeitslosenzahl ist zurückgegangen und man behauptet das Rhein-Main-Gebiet würde „boomen“. Aber jenen, denen der Lohn nicht zum Leben reicht, obwohl sie in Vollzeit beschäftigt sind, die sich in Teilzeit, Minijobs, befristet, im Rahmen eines Werkvertrages oder als Schein-Selbstständige verdingen müssen, hilft das nicht. Oft müssen sie mehrere Arbeitsverhältnisse eingehen, um hier leben und auch eine Familie haben zu können. Der Mindestlohn von aktuell 9,50 Euro ist angesichts der Miet- und Preisentwicklung ein Armutslohn – im Erwerbsleben ebenso wie bei der späteren Rente. Davon kann man im Main-Taunus-Kreis auch bei Vollzeitarbeit nicht leben. Er muss sofort auf mindestens 13 Euro erhöht werden. Hartz IV muss durch eine bedarfsgerechte, armutsfeste und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden. Hier ist die Bundespolitik gefordert. Aber auch der Main-Taunus-Kreis muss etwas tun:

Seit Einführung der Hartz-Gesetze ist bei uns allein der Kreis für die Betreuung und Vermittlung der Arbeitslosengeld-II-Beziehenden zuständig. Diese Gestaltungsmöglichkeiten hat er in der Vergangenheit allerdings nicht zur Verbesserung der Situation der Betroffenen wahrgenommen.

Noch immer werden im Main-Taunus-Kreis die Mieten von 2010 unverändert als angemessen angenommen, die Mietenexplosion ignoriert. Im Jahr 2018 mussten deshalb bereits 25% der Menschen im Sozialleistungsbezug Mietkosten aus ihren Leistungen für das Existenzminimum bezahlen, insgesamt knapp 1,3 Millionen Euro. Unsere Anträge zur Verbesserung der Situation von Menschen im Sozialleistungsbezug wurden alle von der Mehrheit im Kreistag zurückgewiesen. Die Zahl der Menschen, die zur Versorgung auf Tafeln oder Sozialkaufhäuser angewiesen sind, steigt weiterhin, weil die Regelsätze zur Existenzsicherung nicht ausreichen. Der Kreis unterstützt diese Einrichtungen zwar und lindert damit die Situation der Armen. Die Ursachen werden jedoch nicht bekämpft. Eine angemessene Versorgung ist ein Recht, auf das alle einen Anspruch haben.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Ein RMV-Sozialticket, welches den Zugang sozial Benachteiligter zur Mobilität sicherstellt.
- Die Angebote für Sozial- und Hilfeberatung sollen gesichert, ausgebaut und neuen Erfordernissen angepasst werden. Anlaufstellen sollen in allen Kommunen des Kreises bestehen. Informationen darüber sollen übersichtlich auf der Homepage des Kreises stehen.
- Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets müssen den Berechtigten auch tatsächlich zugänglich gemacht werden. Der Kreis baut hier, zum Beispiel bei der Lernförderung, zusätzliche bürokratische Hürden im Vergleich zu anderen Kreisen auf.
- Die Übernahme der Wohnungskosten bei Menschen, die Leistungen nach SGB II bzw. XII beziehen, muss in realistischer Höhe erfolgen. Der Kreis muss ein schlüssiges Konzept für angemessene Mietobergrenzen vorlegen.
- Zugang zu sozialer Infrastruktur und Gesundheitsvorsorge ist unabhängig vom sozialen Status zu gewährleisten.

Wohnen für alle

Die Wohnungssituation im Rhein-Main-Gebiet mit seinen hohen Mieten ist für viele Menschen ein großes Problem. Es fehlen bezahlbare Wohnungen, ob klein oder groß, und es fehlen barrierefreie Wohnungen. Mit der mutwilligen Zerschlagung der Ökumenischen Wohnhilfe ist seit 2020 ein wesentliches Unterstützungsangebot im Main-Taunus-Kreis ersatzlos weggebrochen. Einer Vielzahl von Trägern nun mit geringen Vermittlungspauschalen diese schwierige Aufgabe aufbürden zu wollen, wird dem Anliegen der betroffenen Menschen nicht gerecht.

Auch wenn die Wohnungsversorgung keine originäre Kreisaufgabe ist, müssen Kreis und Gemeinden gemeinsam dafür sorgen, dass der benötigte bezahlbare Wohnraum neu geschaffen und erhalten wird. Die kreiseigene „Gesellschaft für Gesundheits- und soziale Infrastruktur“ (GSIM) ist seit 2017 beauftragt, auch bei Wohnungs- und Infrastrukturprojekten, die soziale Aufgaben erfüllen, tätig zu werden und Kommunen dabei zu unterstützen. Sie ist in diesem Sinn bisher nicht tätig geworden.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- die Gründung einer Wohnungsbau-Genossenschaft des Kreises und der Gemeinden. Diese Genossenschaft soll Wohnungen im Standard des sozialen Wohnungsbaus – auch mit barrierefreien Wohnungen – bauen. Die kreiseigene „Gesellschaft für Gesundheits- und soziale Infrastruktur“ (GSIM) muss in diesem Sinne weiterentwickelt und tätig werden.
- Neben dem Bau neuer Sozialwohnungen soll der Kreis zusammen mit den Städten und Gemeinden Belegungsrechte erwerben, um Sozialwohnungen in bestehenden Quartieren zu etablieren.

- Um das Angebot der Ökumenischen Wohnhilfe angemessen zu ersetzen, muss eine Wohnungssicherungsstelle bei einem gemeinnützigen Träger eingerichtet werden. Der Kreis soll dauerhaft die Finanzierung von angemessenen Sach- und Personalkosten übernehmen.

Inklusion verwirklichen

Kein Mensch darf ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Viele Menschen mit Behinderungen machen tagtäglich die Erfahrung, dass sie an vielen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht teilnehmen können, weil das Mobilitätsangebot unzureichend ist und es keine Barrierefreiheit gibt. Auch der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist für viele Menschen mit Behinderungen mit hohen Hürden versehen. Gerade in den Beruflichen Schulen fehlen inklusive Strukturen.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Kitas und Schulen, die inklusiv sind. Kinder mit und ohne Behinderung sollen zusammen aufwachsen, um frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen zu können. Schulbegleitung muss bei hohen fachlichen Standards für alle Kinder ermöglicht werden.
- Tendenziell sollen Förderschulen in inklusiven Schulen aufgehen. Das professionelle Wissen in den Förderschulen muss auch in den Regelschulen Einzug halten.
- Der Kreis muss die Rahmenbedingungen zur Entwicklung inklusiver Schulen über die Schulentwicklungsplanung, bei der Ausstattung, bei Bau, Sanierung und Umbau von Schulen – im Sinne der Barrierefreiheit – schaffen. Einrichtungen, die inklusive Pädagogik bei sich einführen möchten, sollen durch Beratung unterstützt werden. Der Kreis soll diese Angebote finanzieren.
- Barrierefreiheit im ÖPNV, in öffentlichen Gebäuden und kreiseigenen Einrichtungen herstellen.
- Eine Ausweitung der Fördermaßnahmen zur (Wieder-)Eingliederung von Menschen mit Behinderung ins Berufsleben.
- Förderung des „betreuten Wohnens“ in den eigenen vier Wänden.
- Der Umbau zu barrierefreien Wohnungen muss vereinfacht werden und Wohnprojekte für Menschen mit Behinderungen sind finanziell zu fördern.

Bildung, Schule, Kinder, Jugend

Öffentliche Bildung muss grundsätzlich kostenfrei sein, und sie beginnt bereits in der Krippe. Der Main-Taunus-Kreis ist Schulträger und damit zuständig für die Schulorganisation, den Bau, den Erhalt und die Ausstattung unserer Schulen. Das bis vor ca. dreißig Jahren bestehende Netz wohnortnaher Gesamtschulen mit umfassendem Bildungsangebot wurde zugunsten althergebrachter Gymnasien, Haupt- und Realschulen zerstört. Der Schultourismus floriert, Schulwechsel häufen sich. Vermeintliche Ganztagsangebote, wie der Pakt für den Nachmittag bzw. Ganzttag, sind nicht die Ganzttagsschulen, wie wir sie fordern. Sie bleiben Angebote die pädagogisch nicht zufriedenstellend sind. Sie lösen den Anspruch an ein wohnortnahes, kostenfreies, qualitativ hochwertiges und umfassendes Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen nicht ein. Der Kreis ist als Träger der öffentlichen Jugendhilfe dafür zuständig, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei

der Erziehung zu beraten und zu unterstützen. Deshalb sind Strukturen und Angebote wohnungsnah sicherzustellen oder neu zu schaffen. Schulische und außerschulische Jugendhilfeeinrichtungen und Jugendzentren sind zu vernetzen. In Schulen und Jugendeinrichtungen ist Friedenserziehung zu leisten; Militärwerber dagegen sollen an öffentlichen Schulen nichts mehr zu suchen haben! Initiativen für selbstverwaltete Jugendzentren sollen unterstützt werden. Der Trend zu Einkommens- und vermögensabhängiger Bildung ist zu stoppen. Den Einsatz öffentlicher Mittel für Privatschulen, die Schulgeld verlangen, lehnen wir ab.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Die Entwicklung der Gesamtschulen und Grundschulen als ganztägige Lern- und Lebensorte für alle Schülerinnen und Schüler. Die Betreuung außerhalb des Unterrichts muss durch qualifiziertes Personal erfolgen.
- Die Vernetzung und den Ausbau der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit im Kreis zu einem flächendeckenden Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebot (Gemeinden, Vereine u.a.).
- Die Sicherung der Schulsozialarbeit an allen Schulen zu einer wohnungsnahen Anlaufstelle für die Aufgaben der Jugendhilfe.
- Das Angebot von gesundem Mittagessen und Trinkwasser in den Kindertagesstätten und Schulen für geringes Entgelt. Um die Qualität des Essens in diesen Einrichtungen zuzusichern, soll der Kreis eine unabhängige Ernährungsberatung finanzieren und schrittweise das Kochen vor Ort wieder zum Standard erheben. Damit wird auch ermöglicht in den Einrichtungen gemeinsam mit den Kindern zu kochen, um so frühzeitig die Zubereitung von Lebensmitteln zu gesundem Essen zu erlernen.
- Die Verwirklichung der gesetzlichen Lehr- und Lernmittelfreiheit. Zu den Lernmitteln gehören für uns auch mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und WLAN in den Schulen. Keine zusätzlichen Kosten für Kopien und besonderes Lernmaterial.
- Das Schülerticket muss für alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Wohnort und bis zum höchsten Bildungsabschluss landesweit kostenfrei gestellt werden.
- Alle Kinder müssen schwimmen lernen können. Dazu braucht es mehr Schwimmbäder. Das Kreis-Hallenbad in Krieffel muss zügig realisiert werden.
- Ein ausreichendes Angebot von integrierten Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe.
- Das Fachoberschulangebot ist durch weitere Bildungsgänge, etwa als Fachoberschule für Sozialwesen und Fachoberschule für Naturwissenschaften und Umwelttechnik zu erweitern.
- Die außerbetriebliche Ausbildung muss erhalten und gestärkt werden, um für Menschen mit Benachteiligungen einen Weg in den Beruf zu sichern.
- Den Ausbau und die Sicherung der (frühkindlichen) Bildung vom Kindergarten an entsprechend der Anforderungen des Bildungsplans von 0 -10 Jahren.
- Den Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren für eine umfassende wohnungsnah Kinderförderung und -bildung, Elternberatung von Geburt an(u.a. Gesundheit, Erziehung, Ernährung, Spracherwerb und Sprachförderung, Hilfen, Therapie).
- Eine bezahlbare Kinderbetreuung für alle, die es wünschen. Die vollständige Kostenfreiheit

aller Angebote frühkindlicher Bildung bei hohen Qualitätsstandards bleibt eine landespolitische Forderung der LINKEN.

- Die Gewährleistung von Informations- und Weiterbildungsangeboten für Erziehung, Elternarbeit und interkulturelle Fortbildung im Rahmen der Volkshochschule.
- Die Berufliche Schulen müssen inklusiv arbeiten, um Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen zu unterstützen.

Schulbau – Schulsanierung

Grundschulen standen wegen erhöhter Schülerzahlen und im Rahmen der Ganztagsangebote im Mittelpunkt der Schulbaumaßnahmen der letzten fünf Jahre und deren Planung. Seit langem anstehende energetische Sanierungen der großen Schulgebäude werden verschleppt und in die Zukunft verschoben. Lediglich die umfangreiche Sanierung der Main-Taunus-Schule wurde auf den Weg gebracht. Raumnot wird mit Modulbauten und Containern abgeholfen. Prioritäten wurden von Jahr zu Jahr scheinbar willkürlich verschoben. Es braucht ein wirkliches Konzept für die Schulinfrastruktur.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Die Sanierung der Schulen muss zügig in einem verbindlichen Zeitraum und verbindlicher Reihenfolge erfolgen.
- Die Schaffung optimaler Voraussetzungen hinsichtlich Raumgröße, Akustik, Klima, Belichtung, Belüftung und Lärmschutz in den Unterrichtsräumen. Jedes Klassenzimmer braucht schon aus hygienischen Erwägungen auch weiterhin ein Waschbecken. Nicht nur in Zeiten von Corona müssen Fenster in den Klassenzimmern auch geöffnet und geschlossen werden können. Luftreinigung muss mitgeplant werden. Bei Neu- und Umbauten müssen Räume für multiprofessionelle Arbeit und inklusive Beschulung vorgesehen werden, auch in den Verwaltungsflächen. Die Schulen müssen frei von Schadstoffen werden. Das Prinzip Nachhaltigkeit ist beim Bauen einzuhalten.
- Besonders Freiflächen sind für den Ganztagsbetrieb ausreichend vorzuhalten bzw. zu erweitern. Schule ganztags braucht mehr Fläche – innen und außen.
- Die Grundlagen für die Rahmenbedingungen des Bauens sollen in Schulbaurichtlinien festgelegt werden. Auch Leitlinien für nachhaltiges Bauen sind notwendig.
- Eine Zweckentfremdung der dafür vorgesehenen Mittel für andere Investitionen ist auszuschließen, ebenso wie Schulbauten als öffentlich-private Projekte.

Kliniken des Main-Taunus-Kreises

Gesundheit ist keine Ware, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Kliniken des Main-Taunus-Kreises weiterhin in kommunaler Hand sind. Allerdings sind im Aufsichtsrat der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH keine Kreistagsabgeordneten mehr vertreten, sondern nur noch der Landrat und hauptamtliche Kreisausschuss-Mitglieder. Doch auch mit der öffentlichen Trägerschaft sind nicht alle grundlegenden Probleme beseitigt.

Seit Jahrzehnten drückt sich das Land Hessen um angemessene Investitionen in das Krankenhauswesen. Die Bundesvorgaben mit ihren Fallpauschalen und Sparrunden bedrohen die Existenz der öffentlichen Gesundheitsversorgung und führen zu hohen Belastungen und schmalen Geldbeuteln für die meisten Beschäftigten der Kliniken. Dank dieser falschen Gesundheitspolitik steht der Auftrag, Gewinne zu erwirtschaften oftmals mehr im Vordergrund als erkrankte Menschen zu versorgen.

So gilt für die Beschäftigten der Kliniken des Main-Taunus-Kreises nicht der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TvöD). Deshalb wurde eine Privatklinik in Bad Soden geschaffen, die keinen wesentlichen medizinischen Mehrwert für die Gesellschaft schafft, aber viele Ressourcen bindet. DIE LINKE kämpft für eine Abkehr von dieser verfehlten Politik im Gesundheitsbereich - bundesweit, im Land Hessen und auch kommunal.

Nicht zuletzt die verheerenden Erfahrungen der Corona-Pandemie haben deutlich gemacht, dass die zunehmende Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung auch die kommunalen Kliniken bedroht. Unser Gesundheitssystem muss so aufgestellt werden, dass es krisenfest ist. Wir brauchen ausreichend Intensivkapazitäten in Notlagen, eine bessere Koordinierung und Verzahnung ambulanter und stationärer Angebote. Wir brauchen für alle Personalgruppen feste Vorgaben, um dem tagtäglichen Fachkräftemangel besser zu begegnen. Das heißt in vielen Fällen auch mehr gesellschaftliche Anerkennung und mehr Gehalt. Und wir müssen Schutzmittel und Medikamente auch dann ausreichend bevorraten, wenn es sich mal nicht rechnet.

Menschen vor Profite – das muss gerade im Gesundheitswesen gelten.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Die Kliniken bleiben in kommunaler Trägerschaft. Die politische Kontrolle muss wieder gestärkt werden, um dem Primat der Profiterzielung entgegenzutreten.
- Für alle Beschäftigten sollen wieder die Tarifbedingungen des öffentlichen Dienstes gelten. Die fortgesetzten Ausgliederungen, wie zuletzt bei der Krankenhausapotheke, lehnen wir entschieden ab.
- Bund und Land müssen endlich ihren Anteil an den notwendigen Investitionen in Infrastruktur und Personal leisten. Solange dies nicht geschieht, ist es auch Aufgabe des Kreises mit kommunalen Mitteln der schlechten Finanzsituation gegenzusteuern.
- Der Kreistag soll eine Gesundheitsplanung zusammen mit allen relevanten Akteuren entwerfen, um neben der stationären auch eine gute ambulante Versorgung zu erreichen. Beide Systeme müssen besser kooperieren und ineinandergreifen. Dabei müssen auch die häusliche und Altenpflege berücksichtigt werden.
- Wir brauchen auch für den Main-Taunus-Kreis eine Auswertung der Erfahrungen der Corona-Pandemie, um Fehler für die Zukunft zu vermeiden und Schwachstellen für einen Katastrophenfall vorab zu identifizieren. Fehlleistungen, wie der Wegfall des Testcenters mitten in der Pandemie aufgrund von Unstimmigkeiten mit der Kassenärztlichen Vereinigung, dürfen sich zukünftig nicht wiederholen.

Gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten – Geflüchtete willkommen

Gemeinsam leben, niemanden ausgrenzen!

Alle hier dauerhaft lebenden Menschen sollen das kommunale Wahlrecht erhalten. Es ermöglicht eine gesellschaftliche Teilhabe besser als „Ausländervertretungen“ oder der Integrationsbeirat im Kreis. Bis zur Verwirklichung dieses Rechts sollen die kommunalen Ausländervertretungen weitergehende Rechte erhalten z.B. ein Anhörungs- und Antragsrecht nicht nur in den Gemeindevertretungen, sondern auch eines Kreis-Ausländerbeirates im Kreistag.

Weltweit sind immer mehr Menschen auf der Flucht wegen Kriegen, Konflikten, Hunger, Armut und fehlender Zukunftsperspektiven. Viele von ihnen haben einen langen und gefährlichen Fluchtweg hinter sich, haben Angehörige verloren und sind traumatisiert. Sie im Kreis und seinen Gemeinden willkommen zu heißen, bedeutet, ihnen Empathie und Sicherheit entgegenzubringen. Alle

Beteiligten, Land, Kreis und Gemeinden sind dafür verantwortlich, dass menschenwürdige Unterbringung und gute soziale, medizinische und psychologische Betreuung vorhanden sind. Die Integrationskurse müssen bedarfsgerecht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausreichend finanziert werden, damit die Qualität des Lehrens und Lernens gesichert ist. Die Vergütungen für die Lehrenden müssen der Aufgabe angemessen sein.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Offene Integrationsangebote: Deutschunterricht nicht nur für neu zugezogene Menschen, sondern auch für schon länger im Kreis Wohnende. Sprach- oder Alphabetisierungskurse müssen gebührenfrei sein und wohnungsnah stattfinden, beispielsweise für Eltern mit Kinderbetreuung. Kinder- und Familienzentren bieten sich hierfür besonders an.
- Unterstützung und Ausweitung der bestehenden Beratungsangebote zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.
- Interkulturelle Aspekte müssen bei allen Leistungen und Angeboten des Kreises berücksichtigt werden. Um Rechtsnachteile zu verhindern, sollen verbindlich Dolmetscher hinzugezogen und finanziert werden.

Geflüchtete hier aufnehmen und willkommen heißen

Die Leistungen des Bundes und Landes reichen nicht aus, um die Menschen hier angemessen unterzubringen und zu betreuen. Kinder müssen in Kindertagesstätten und Schulen gehen können und dort gefördert werden. Deutsch- und Integrationskurse müssen vor Ort – auch in den Gemeinschaftsunterkünften – angeboten werden. Anregungen und Wünsche des bestehenden Runden Tisches sollen in besonderer Weise berücksichtigt werden. Das Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Kirchengemeinden und vielen Ehrenamtlichen, die sich aktiv und zuverlässig für die Geflüchteten einbringen, kann die Missstände nur abmildern. Diese dauerhafte Bereitschaft zur Hilfe muss durch professionelle Begleitung, Anleitung und Vernetzung gesichert werden, die der Kreis organisiert. Für all dies müssen Bund und Land die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Der Main-Taunus-Kreis soll sich dem Bündnis Sicherer Häfen anschließen.
- Die oft horrenden Unterkunftskosten für Geflüchtete müssen abgeschafft werden. 40 Euro / m² in Mehrbettzimmern nutzen die Ausweglosigkeit der Menschen schamlos aus.
- Die Bereitstellung der notwendigen Anzahl von Sozialarbeitern für die Flüchtlingsunterkünfte.
- Eine bessere Anleitung, Unterstützung und Vernetzung der Arbeit der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsbetreuung durch den Kreis.
- Die Personalausstattung der betroffenen Fachstellen, die sachlichen und organisatorischen Voraussetzungen sind den neuen Anforderungen dringend anzupassen.

Umwelt, Energie, Klima, Verkehr

Wir stehen für eine ökologische Entwicklung des Main-Taunus-Kreises. Bewegungen wie Fridays

for Future und Ende Gelände haben zu Recht die Bedrohung unserer Existenz durch den Klimawandel auf die Tagesordnung gesetzt. Wir unterstützen diese außerparlamentarischen Bündnisse und tragen ihre Forderungen in den Kreistag.

Die Fläche des Main-Taunus-Kreises ist im Verhältnis zur Einwohnerzahl sehr klein, deshalb ist es wichtig, das natürliche Umfeld zu erhalten und zu schützen. Es darf keine weitere Zersiedlung und Umwidmung von ökologisch wertvollen Flächen zur Bebauung bzw. für den Verkehr geben.

Flughafenausbau

Die Inbetriebnahme der Nord-West-Landebahn im Oktober 2012 durch die FRAPORT AG hat einem Großteil der Bevölkerung des Kreises die Lebensqualität beeinträchtigt. Als Jobmotor hat er sich dagegen schon vor der Corona-Pandemie nicht erwiesen. Der Lärm ist für viele Menschen unerträglich geworden. Fluglärm belästigt nicht nur, er macht krank und lässt Kinder langsamer lernen. Hinzu kommt die Emission von Feinstaub und Schadgasen, unter denen vor allem die Menschen in den Einflugschneisen leiden. Wir stehen an der Seite der Bürgerinitiativen für eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr und ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Wir lehnen jeden weiteren Ausbau des Flughafens konsequent ab.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens.
- Die vollständige Kostenübernahme der Dachklammerungen einschließlich Herstellung der Klammerungsfähigkeit durch die FRAPORT AG.
- Ein generelles Nachtflugverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, also während der gesamten „gesetzlichen Nacht“.
- Entschädigung der Anwohner dort, wo eine Lärminderung nicht möglich ist. Der Flughafenbetreiber muss die Kosten dafür tragen.
- Lärmschutz für alle betroffenen Schulen und soziale Einrichtungen ist auf Kosten von Fraport kurzfristig auszuführen.

Klimaschutz und Energiewende

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Reduzierung unseres Ressourcenverbrauchs und ökologischen Fußabdrucks sind nicht nur ökologische, sondern auch sozial- und wirtschaftspolitische Notwendigkeiten. Die Kosten zur Eindämmung des Klimawandels und der Energiewende dürfen nicht nur auf die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher abgewälzt werden. Hier muss sich auch der Main-Taunus-Kreis verstärkt seiner politischen Verantwortung stellen und sich für einen Weiterbetrieb und Ausbau der Solarstrom-Nutzung auf allen politischen Ebenen einsetzen.

Leider harrt das Anfang 2015 vorgelegte Klimaschutzkonzept des Kreises weiter seiner entschlossenen Umsetzung. Die darin vereinbarten Ziele wurden nicht erreicht, daher wurden die zeitlichen Vorgaben einfach gestreckt. Aussagekräftige Energieberichte wurden schon lange nicht mehr vorgelegt. Die für 2020 angekündigte Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes konnte nach Aussage des Kreisausschusses wegen Corona nicht erfolgen, was das Desinteresse wohl deutlich zum Ausdruck bringt.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Die zügige Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes.
- Energie-Einsparung als oberstes Ziel.

- Wir brauchen eine dezentrale Energieversorgung statt Stromautobahnen wie Ultranet. Dazu gehört die Stärkung von Energiegenossenschaften und die deutlich bessere Werbung für alle Formen der Solarenergie durch den Kreis, auch zur Nutzung durch Privatpersonen und Unternehmen.
- Ein Wassermanagement auch für den Main-Taunus-Kreis. Zisternen sind überall wo möglich – für Brauchwasser und Bewässerung der Grünflächen - zu bauen und zu planen.
- Einbeziehung der Umweltauswirkungen bei der Prüfung von Bau-Genehmigungsanträgen.
- Begrenzung (mengenmäßig und zeitlich) der Genehmigungen zum Abpumpen und zur Einleitung in Abwasserkanäle von Grund- oder Schichtenwasser bei Baumaßnahmen.
- Auch beim Bauen muss vermehrt auf Nachhaltigkeit geachtet werden, zum Beispiel durch Verwendung umweltfreundlicher Materialien wie Holz und klimaneutrale Baukonzepte.
- Im Kreis siedeln sich immer mehr Rechenzentren an, die einen hohen Energieverbrauch haben und viel Abwärme produzieren. Es gilt daher, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, wie diese Abwärme sinnvoll genutzt werden kann. Der Bau der Rechenzentren muss mit klaren ökologischen Auflagen verknüpft werden.
- Die weitere Stärkung des ÖPNV und Radverkehrs.

Rhein-Main-Deponie (RMD)

Gemeinsam mit dem Hochtaunuskreis betreibt der Main-Taunus-Kreis die defizitäre Rhein-Main-Deponie-GmbH (RMD) mit einer Beteiligung von je 50 Prozent. Hierzu gehört als größter Betriebsteil die Deponie in Flörsheim-Wicker. Dort sind nicht nur zahlreiche Schadstoffe versickert, sondern auch hohe Millionenbeträge, die nun zur Aufbereitung und Renaturierung der Deponie fehlen. Es drohen stattdessen Steuermittel notwendig zu werden, um die Defizite auszugleichen. Gleichzeitig haben die Vertragspartner unter dem Dach der Regionalen Dachorganisation RMA (Rhein-Main-Abfall-GmbH), z. B. die Städte Frankfurt und Offenbach, an deren Müllverbrennungsanlagen und der Schlackeaufbereitungsanlage auch private Konzerne wie Remondis beteiligt sind, Millionen Euro mit der teilprivatisierten Abfallwirtschaft im Rhein-Main-Gebiet verdient und können sich nun entspannt zurücklehnen.

Um die Verluste und Mindereinnahmen zu kompensieren sind auf der Suche nach neuen Geschäftsfeldern in der jüngeren Vergangenheit verschiedenste Projekte (bspw. Tiefengeothermie) initiiert worden und haben sich allesamt als Fehlinvestitionen erwiesen. Im Frühsommer 2020 wurde das wahnwitzige Vorhaben „Deponie auf Deponie“ beerdigt. Insbesondere auch dank des Einsatzes der Bürgerinitiativen, die in uns eine verlässliche Partnerin im Kreistag hatten.

Trotzdem bleiben massive Probleme: Die Deponienachsorge muss bis 2075 (oder länger) gewährleistet werden. Ein wirksames Konzept für neue Geschäftsfelder, neben der Energieerzeugung aus „Biomasse“ (Altholzverbrennung), sowie Deponiegas und Gas aus Bio-Vergärung), ist derzeit nicht erkennbar. Eigentlich zweckgebundene Nachsorge-Rückstellungen in Höhe von mindestens 108 Millionen Euro wurden vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation bereits anderweitig verausgabt und stehen nicht mehr zur Verfügung. Hier ist weitere Aufklärung erforderlich!

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Zusammen mit den Bürgerinitiativen wollen wir weiter auf allen Ebenen dafür streiten, dass die Deponie Flörsheim-Wicker endgültig ordnungsgemäß und fachgerecht stillgelegt wird und eine verlässliche Nachsorge erhält. Die Kosten hierfür dürfen nicht allein bei der RMD

(und damit den beiden Landkreisen) verbleiben. Hier sind die Partner unter dem regionalen Dach der RMA – kommunale wie private – durch Änderung der bestehenden Vertragsgrundlagen angemessen einzubeziehen.

- Wir sind offen für neue und umweltfreundliche Geschäftsfelder der RMD, auch um die Kosten der Deponienachsorge zu minimieren.
- Bezüglich der weiterhin ungeklärten Finanzfragen werden wir alle kommunalrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um hier Transparenz herzustellen und mögliche Verantwortlichkeiten zu benennen. Wir werden prüfen, ob ein Akteneinsichtsausschuss des Kreistages hierzu einen Beitrag leisten kann und diesen ggf. auch versuchen durchzusetzen.

Verkehr, Mobilität, ÖPNV, Digitalisierung

Der motorisierte Individualverkehr stößt angesichts knapper werdender Ressourcen und des hohen Verbrauchs an öffentlichen Raum für Straßen, Parkplätze etc. zunehmend an seine Grenzen. Es braucht ein neues Gleichgewicht zwischen den unterschiedlichen Nutzungsformen des öffentlichen (Verkehrs-)Raumes mit einer deutlichen Stärkung umwelt- und klimafreundlicher Fortbewegungsmittel.

Dabei spielt ein funktionierender ÖPNV eine zentrale Rolle. Insbesondere die sehr hohen Preise, die ständigen Verspätungen und die Tarifgrenze zu Frankfurt machen den ÖPNV weiterhin für viele Menschen unattraktiv. Diese Klagen sind dabei nicht neu, sondern oft seit Jahrzehnten unverändert. Hier muss endlich entschieden gehandelt werden.

Anschlussfähig müssen dabei verschiedene Verkehrssysteme sein: Busse und Anrufsammeltaxen müssen mit den Bahnen verzahnt werden. Sichere Radabstellplätze, ausreichend breite und sichere Rad- und Fußwege bedarf es kreisweit ebenso.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und eine Preisgestaltung, die das Umsteigen vom Auto attraktiv macht.
- Eine Vereinfachung des Tarifsystems und eine Senkung der Fahrpreise, einschließlich der Schaffung eines Übergangstarifs beim Umstieg im Bahnhof Höchst für Fahrten mit Start und Ziel im Main-Taunus-Kreis.
- Wir setzen uns für den Nulltarif im ÖPNV ein. In diesem Sinne begrüßen wir das Engagement des Kreises mit der Einführung des Jobtickets.
- Wir wollen die Menschen, die den ÖPNV nutzen (wollen) und deren Wünsche und Erfahrungen stärker in die Planungen der Verkehrsverbindungen und Fahrpläne einbeziehen. Wir fordern einen Fahrgastbeirat bei der Main-Taunus-Verkehrsgesellschaft. Der nunmehr vorgesehene Fachbeirat ist hierfür kein Ersatz, da die Beteiligung von Fahrgästen darin nicht vorgesehen ist.
- Die ständige Neuvergabe von ÖPNV-Leistungen im Bus-Verkehr alle acht Jahre führt zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und zu miserablen Arbeitsbedingungen für die Busfahrer*innen (keine Ruheräume, Toiletten und Waschmöglichkeiten, keine tarifliche Vergütung). Wir lehnen solche Zustände ab. Statt ständiger Ausschreibungen ist auch der ÖPNV als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge nur durch kreiseigene Unternehmen und ohne Ausschreibungspflicht dauerhaft und sicher zu erbringen.

- Den Ausbau des Alltags-Radwegenetzes im Kreis, zwischen den Gemeinden, als Alternative zum motorisierten Verkehr. Hier bietet das Radverkehrskonzept des Kreises eine gute Grundlage, jedoch muss der Druck auf Hessen Mobil erhöht werden, mehr Planungskapazitäten für Radwege bereit zu stellen und z. T. jahrzehntealte Planungen endlich zu Ende zu führen und zur Umsetzung zu bringen.
- Kinder sind die Fahrgäste der Zukunft. Sie sollen die Nutzung des ÖPNV erlernen (RMV-Busschule).
- Die Schulwegesicherung in Kooperation mit Gemeinden, Polizei und Kreiseltererbeirat. Schülerinnen und Schüler sollen – wenn möglich – sicher zu Fuß, per ÖPNV oder mit dem Fahrrad zu ihren Schulen kommen können. Elterntaxis sind überflüssig.
- Die tangentialen Bus-Schnellverbindungen (X-Linien) haben sich bewährt. Sie müssen jedoch in Zukunft mehr Orte verbinden und insbesondere auch in den Abendstunden und an Sonn- und Feiertagen angeboten werden.
- Die Vorschläge des Kreistages und der MTV GmbH zum Regionalen Nahverkehrs-Plan müssen zügig umgesetzt werden. Dazu gehört
 - eine Anbindung Eppsteins, Kelkheims und Bad Sodens an das Schnellbus-Netz, eine Schnellbus-Verbindung zwischen Hofheim, Flörsheim und Rüsselsheim und eine tägliche Bus-Verbindung zwischen Hofheim am Taunus und Eppstein nach und von Wiesbaden bis mindestens 24 Uhr auch sonntagabends;
 - eine Erhöhung der Kapazitäten auf der Strecke zwischen Frankfurt Hbf. und Eschborn;
 - der Ausbau der Bahnstrecke der RB 12 (Königsteiner Bahn), um einen 15-Minuten-Takt mindestens zwischen Kelkheim und Höchst zu ermöglichen.
- Keine weitere Ausdünnung von Busverbindungen in den Abendstunden und an Wochenenden, sondern im Gegenteil durchgängiger Busverkehr während der Verkehrszeiten der S-Bahnen.
- Ausbau von E-Ladestationen für verschiedene Verkehrsträger.
- Der Ausstieg aus dem motorisierten Individualverkehr hilft der Umwelt und steigert die Lebensqualität von Menschen an stark befahrenen Straßen.
- Der Main-Taunus-Kreis soll mit einem möglichst umweltfreundlichen Fuhrpark seiner Vorbildfunktion nachkommen.

Regionaltangente West (RTW)

Das Prestige-Projekt Regionaltangente West steht wegen schlampiger Planung in der Vergangenheit nach wie vor vor ungelösten Problemen. Die eingleisige Durchfahrt im Bereich Sossenheim- Höchst Bhf wird zum Nadelöhr. Dadurch wird auch für jede der beiden RTW-Linien nur maximal ein Halbstundentakt möglich. Die Fahrtzeit zwischen Bad Homburg und dem Flughafen verkürzt sich durch den entfallenden Umstieg an der Taunusanlage jedoch nur um 4 Minuten. Für Fahrgäste aus dem Westkreis bleibt es auch mit der RTW bei der Notwendigkeit des Umstiegs in Höchst, schneller sind sie aber mit dem Schnellbus von Hofheim über Hattersheim am Flughafen. Das Grundproblem des ÖPNV im Kreis, nämlich die fehlenden Quer- (Tangential-)Verbindungen ohne die Notwendigkeit einer (teureren) Umwegfahrt über Frankfurt (Höchst oder Hbf.) wird durch die RTW nicht gelöst.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Eine Verwirklichung der Regionaltangente West macht nur Sinn, wenn ein komplett zweigleisiger Ausbau und im Ergebnis ein Viertelstundentakt erreicht wird. Ansonsten handelt es sich nur um eine höchst kostspielige Spielerei ohne großen Nutzen für die meisten Bewohnerinnen und Bewohner des Main-Taunus-Kreises. Dieses Geld wäre deshalb besser in einen Ausbau der X-Busse und die Sanierung von bestehenden Bahnhöfen und Strecken investiert.

Digitalisierung

Noch immer sind weite Teile des Kreises von einer angemessenen Breitbandversorgung weit entfernt. Dies ist ein unhaltbarer Zustand, denn auch funktionierendes und schnelles Internet gehören in unserer heutigen und globalisierten Welt unverzichtbar dazu und sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat dabei die Grenzen aufgezeigt, etwa wenn Homeoffice und Homeschooling oder Video-Konferenzen nicht selten an einer stabilen Internetleitung scheiterten.

DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- In der kommenden Wahlperiode muss es gelingen, alle Haushalte im Kreis mit Breitbandinternet zu versorgen.
- Die öffentliche Verwaltung muss übersichtlich und nutzerorientiert alle Dienstleistungen auch digital für Bürgerinnen und Bürger anbieten. Dafür müssen für alle Beschäftigten umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen und angeboten werden.
- Unsere Schulen und andere öffentliche Einrichtungen müssen im digitalen Zeitalter ankommen. Es ist Aufgabe der staatlichen Behörden, dass dabei alle Personen, auch sozial benachteiligte Menschen, gleiche Zugänge zu den technischen Möglichkeiten erhalten.
- In jedem öffentlichen Gebäude sollen kostenfreie und öffentlich zugängliche WLAN-Netzwerke errichtet werden.

Gegen Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Antisemitismus, antimuslimische Hetze und Hetze gegen Minderheiten sowie alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Der Mord an Dr. Walter Lübcke, die die neun jungen Opfer des Terroranschlags von Hanau und viele weitere rechtsterroristische Vorfälle in Hessen machen immer wieder deutlich: Faschismus und Rassismus töten. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten sowie sozial Benachteiligte zu Sündenböcken für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik machen. Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, im Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen. Wir bekämpfen die Hetze und die Aktionen der rassistischen und faschistischen Organisationen. Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – wie im Bündnis „Main-Taunus – Deine Stimme gegen Rechts“ – den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit.

Die DIE LINKE. Main-Taunus fordert:

- Kreisverwaltung und Kreisorgane sollen alle Möglichkeiten ergreifen, um die Verbreitung faschistischer Anschauungen und Propaganda zu verhindern und dem Verfassungsgebot des Verbots nazistischer Organisationen und Propaganda zur Durchsetzung zu verhelfen.

- Als zuständige Kontrollbehörde soll der Kreis mit allen zulässigen Mitteln Waffenerlaubnisse für Neonazis und Mitglieder der Reichsbürgerbewegung entziehen. Das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung soll die Überprüfungen bei Anträgen für Erlaubnisse auf Waffenbesitz intensivieren. Kontrollintervalle bei Waffenbesitz sind zu verstärken.
- Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen hinarbeiten, müssen kommunal gefördert werden.

Mitmachen!

Ob Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung - all dies wirkt sich vor Ort aus. Wir rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles geschehen lassen wollen, sich aktiv für eine bessere Zukunft stark zu machen und mit uns gemeinsam für eine soziale, offene und demokratische Kommunalpolitik zu streiten.

Bringen Sie sich bei uns ein, mischen Sie mit. Wir freuen uns über Ihre Anregungen, Ideen und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Am 14. März 2021: DIE LINKE. Main-Taunus (Liste 6) wählen!

Beschlossen auf der Gesamtmittgliederversammlung am 7. November 2020 im Bürgerhaus Marxheim.